

Bombenanschlag löst schwere Unruhen aus

Das Attentat auf die Opposition, die Folgen und das Rätselraten um die Täter

Eine Analyse von Uwe Pinno

Am 21. August explodieren auf einer Veranstaltung der Awami League insgesamt dreizehn Sprengsätze und fordern 18 Menschenleben, darunter das der ehemaligen Freiheitskämpferin Ivy Rahman. Die Parteivorsitzende Sheikh Hasina entkommt dem Anschlag leicht verletzt. Doch die Druckwelle der Explosionen und das Rätselraten um die Drahtzieher wirken nach und erschüttern nachhaltig die politische Stabilität des Landes.

Dhaka, 21. August, 17.22 Uhr Ortszeit: Vor dem Zentralbüro der *Awami League* (AL), der größten Oppositionspartei, haben sich in der *Bangabandhu Avenue* Tausende versammelt, um den Rücktritt der Regierung zu fordern. Hauptthema ist der Sprengstoffanschlag in Sylhet vom 7. August, bei dem der AL-Funktionär Mohammad Ibrahim starb und rund 30 Personen verletzt wurden. In den Augen der Parteivorsitzenden und ehemaligen Ministerpräsidentin, Sheikh Hasina, ein Attentat, durchgeführt von „Islamisten“, deren Drahtzieher in der Regierung zu suchen seien. Folgt man der Darstellung der, entgegen ihrem Namen, recht seriösen bengalischen Zeitung *New Age*, so beendet Hasina ihre 20minütige Rede mit den Worten: „Möge unsere Prozession gegen die Bomben Erfolg haben“, Sekunden später explodiert der erste Sprengsatz in ihrer unmittelbaren Nähe. Hasina, die gerade den Lastwagen, der als Rednerplattform diente, verlassen wollte, duckt sich und ist sofort von Sicherheitskräften und AL-Aktivisten umringt. Doch die Explosion, die so nah war, dass Hasina wochenlang hör-

geschädigt sein wird, ist nur der Anfang einer Serie von detonierenden Sprengsätzen. Einen lebendigen Schutzschild bildend führen Parteifunktionäre und Sicherheitskräfte die ehemalige Ministerpräsidentin zu ihrem kugelsicheren Jeep. Der Bodyguard Mahbub Alam wird dabei getötet. Augenzeugen zufolge feuern Unbekannte auf das Fahrzeug der flüchtenden Parteivorsitzenden. Insgesamt dreizehn Explosionen verwandeln den Platz, der Minuten vorher noch voller Demonstranten war, in ein rauchendes Trümmerfeld. Insgesamt 18 Menschen sterben vor Ort, oder kurze Zeit später, an den Folgen der Explosionen. Mehr als 200 Personen liegen verletzt auf der Straße oder im Eingang des Parteibüros. Doch bei vielen Demonstranten, die das Schlimmste überlebt haben, verwandelt sich Panik, Angst und Verzweiflung in ungebremste Wut: Läden werden zertrümmert, Autos demoliert, Busse in Brand gesteckt – tragischerweise Fahrzeuge, die zum Abtransport der Verletzten dringend benötigt werden. Eine volle Stunde dauert der Ausbruch der Gewalt in unmittelbarer Umgebung des

Tatorts. Die Polizei wirft Tränengas, hält sich aber sonst weitgehend zurück. Doch der Funke von Gewalt und Zerstörung ist längst auf wütende Aktivisten der Opposition übergesprungen und wird Teile des Landes in den nächsten Tagen in ein Chaos verwandeln.

Vorwürfe an die Regierung

Noch am gleichen Abend treffen Parteifunktionäre anderer Oppositionsparteien ein, um den AL-Angehörigen und Sheikh Hasina ihr Mitgefühl auszusprechen. H.M. Ershad (*Jatiya Party*) ist einer der ersten, der indirekt die Regierung für den Anschlag verantwortlich macht, die bei früheren Anschlägen schuldhaft untätig geblieben sei. Nach Zählung der Zeitung *The Daily Star* gab es in Bangladesch acht große Sprengstoffanschläge in dieser Regierungsperiode, die 63 Menschen das Leben kostete (zahlreiche kleinere Anschläge, wie der in Khulna - SÜD-ASIEN berichtete - nicht mitgerechnet). Internationales Aufsehen hatten die Attentate auf „unpolitische Ziele“, wie Ki-

nos, Stadien und Heiligenschreine erregt, bei denen auch Kinder getötet wurden. Politisch besonders heikel war der Anschlag vom 21. Mai diesen Jahres, bei dem auch der *British High Commissioner* Anwar Choudhury verletzt wurde. Sein Auftritt war zuvor lange angekündigt, sodass Spekulationen, er wäre das eigentliche Ziel gewesen, nicht von der Hand zu weisen sind. Doch trotz der Brisanz all dieser Bombenattentate ist bis heute kein einziger Fall aufgeklärt worden. Viele Oppositionelle glauben, dass die Regierung die Aufklärung dieser Fälle mit Absicht vernachlässigt. Die meisten Opfer der Anschläge seien entweder Oppositionelle gewesen, oder sie seien gegen säkulare, volksreligiöse und andere, den Hardlinern der islamischen Fundamentalisten verhassten, Strömungen gerichtet gewesen – so die Argumentation mit Blick auf die zwei mitregierenden islamischen Parteien. Zumindest könne die Regierung nicht mehr für die Sicherheit der Menschen garantieren, argumentiert auch AQM Badruddoza Chowdhury, der sich ebenfalls eingefunden hat, und fordert den Rücktritt der Regierung. Am schärfsten formulieren es aber Parteifunktionäre der linken Elf-Parteien-Allianz, die behaupten, dass die Regierung die Täter direkt unterstützt. Eine Behauptung, die Sheikh Hasina viele Male, besonders im Ausland, geäußert hatte.

Verwischte Spuren

Ein Argument für diese Verschwörungstheorie liefert die Untersuchung des Tatorts: Die Sprengsätze sollen, so die erste Untersuchung, Handgranaten gewesen sein, die aus zwei Hauptrichtungen geschleudert wurden. Der verwendete Sprengstoff sei dabei besonders stark gewesen und werde ausschließlich von der Armee benutzt. Am nächsten Tag, dem 22. August, werden zwei weitere Sprengsätze mit dem seltenen Sprengstoff sichergestellt. Wochen später wird bekannt, dass diese Sprengsätze noch in der gleichen Nacht von der Armee aus „Sicherheitsgründen“ gezündet worden sind, ohne dass Fingerabdrücke von ihnen genommen wurden. Auch andere Beweismittel seien, so der spätere Vorwurf, nicht sichergestellt worden. Auch sollen zwei

unbekannte Opfer, die hauptverdächtig waren, nach einer hastigen Autopsie vor schnell begraben worden sein. Für Sheikh Hasina ist klar: „Selbstverständlich ist sie [die Regierung] tief [in das Attentat] verwickelt“. Bei ihrem ersten Interview nach dem Anschlag, am 22. August, ruft sie alle demokratischen Kräfte zum Widerstand gegen die Mörder auf.

Im Frühling war ihre Hoffnung, die Regierung durch scharfe Straßenagitation und Streiks zum Rücktritt zu zwingen, gescheitert und hatte zu Massenverhaftungen geführt. Zwischen 7.000 bis 10.000 *Awami-League*-Aktivisten sind in den Tagen um den 30. April juristisch mehr oder weniger willkürlich verhaftet worden. Dass ihrer Meinung nach die Regierung nicht vor Mord zurückschreckt, macht Hasina deutlich, als sie im Interview direkt auf das Massaker beim Putsch zu sprechen kommt, dem ihr Vater, der Staatsgründer Mujib und große Teile ihrer Familie 1975 zum Opfer fielen. Nur kurz darauf übernahm General Zia-ur Rahman, der Ehemann der jetzigen amtierenden Ministerpräsidentin Khaleda Zia, die Macht. Bis heute wirft Hasina Zia vor, die Mörder ihres Vaters zu decken bzw. in den Putsch verwickelt zu sein.

Verschleierte Aufklärung

Tatsächlich ist eine Zunahme der staatlichen Gewalt zu registrieren. Bereits bei der „*Operation Clean Heart*“ sind Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen und Mordanklagen gegen die Exekutive laut geworden. Mittlerweile ist die Zahl der „verdächtigen“ Getöteten, die bei Aktionen der Spezialeinheit der Polizei angeblich im „Kreuzfeuer“ starben, derart hoch, dass schon von gezielten Tötungsaktionen gesprochen wird. Auch Fälle, bei denen Menschen im Polizeigewahrsam umkommen, scheinen sich zu häufen.

Selbst wenn die Täter als radikale „Islamisten“ identifiziert werden würden, wäre es, so Hasina, „kristallklar“, dass die Khaleda-Regierung der wahre Drahtzieher sei. Von Anfang an misstraut Sheikh Hasina deshalb auch der von der Regierung eingesetzten „Ein-Mann-Kommission“, die für die Aufklärung zuständig ist. Doch die eigenen Ermittlungen, durch die

von der AL dominierte *Supreme Court Bar Association* durchgeführt, stoßen auf barsche Ablehnung. Nach Auffassung der Anwälte der *Bangladesh National Party* (BNP) würden diese die Autorität des höchsten Gerichtes im Land untergraben.

Am 2. Oktober gibt die Kommission bekannt, die Täter seien identifiziert und übergibt der Regierung einen 162 Seiten umfassenden Bericht. Es sei allerdings allein Sache der Regierungs-Koalition, die wahre Identität der Täter zu kennen. Dabei wurde angedeutet, dass die Spuren ins Ausland führen würden und deshalb eine Veröffentlichung des Berichtes diplomatisch heikel sei.

Dem widerspricht allerdings die Aussage des *Inspector General of Police* während einer internationalen Konferenz: Er habe keine Spuren ins Ausland finden können.

Die *Awami League* fordert die Veröffentlichung des Berichtes, macht aber gleichzeitig deutlich, dass dieser nur die Sichtweise der Regierung wiedergeben werde. Die wahren Täter seien indessen wohl bekannt.

Versöhnliche Gesten der Regierung

Noch am Tag des Anschlages nennt Präsident Iajuddin Ahmed das Attentat „barbarisch“ und „abstoßend“ und spricht den Angehörigen der Opfer seine Anteilnahme aus. Auch Ministerpräsidentin Khaleda Zia schließt sich der Aussage an und ruft das Volk auf, ungeachtet der Parteizugehörigkeit zusammen zu stehen, um eine Wiederholung der Vorkommnisse mit allen Mitteln zu verhindern. Abdul Mannan Bhuiyan (BNP) nennt im Namen der Regierungskoalition den Anschlag einen „barbarischen Angriff auf die Demokratie.“ Politische Aktivitäten würden unmöglich, wenn solche Anschläge auf friedliche Veranstaltungen nicht gestoppt werden würden. Er kündigt weiter an, die Regierung werde, sobald die Täter bekannt seien, ein Exempel statuieren. Während insbesondere am nächsten Tag Parteifunktionäre, Topmanager, Künstler und hochrangige Diplomaten bei Sheikh Hasina eintreffen, lässt Khaleda Zia einen Brief an sie überbringen, in dem sie ihren Besuch ankündigt. Ein Treffen

der zwei Kontrahentinnen, die sich beide in ihren Positionen selbst zur Unbeweglichkeit verdammt haben, noch dazu hinter geschlossenen Türen, wäre eine Sensation. Doch es kommt nicht dazu. Als bekannt wird, dass Zia auf dem Weg zu Hasina sei, blockieren AL-Aktivistinnen, in wildem Protest gegen den „Hohn der Täter“, die Zufahrtsstraßen zu Hasinas Wohnung. Gewalt bricht aus, Fahrzeuge werden demoliert, Geschäfte angegriffen, es kommt zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei.

Weitere Gewaltausbrüche

Doch Dhaka ist nicht die einzige Stadt, in der es zu Gewaltausbrüchen kommt. In fast allen größeren Ortschaften gehen AL-Aktivistinnen auf die Straße, rufen zu Streiks auf und fordern den sofortigen Rücktritt der Regierung. In Tungipara, der Heimatstadt von Hasina, brennen Demonstranten eine Busstation nieder und plündern eine Filiale der *Janata Bank*. In Chittagong liefern sich tausende Demonstranten heftige Straßenschlachten mit der Polizei. Allein hier werden 237 Aktivistinnen festgenommen. In Nayabazar werden Sicherheitskräfte mit Handgranaten attackiert. In Bhairab wird ein Expresszug der staatlichen Eisenbahn mit Baumstämmen gestoppt und in 15 Abteilen Feuer gelegt. Es gibt zahlreiche Verletzte, unter ihnen auch Feuerwehrleute. Ebenfalls in Bhairab stürmt der Mob zwei Banken, ehe die Sicherheitskräfte die Lage in den Griff bekommen. AL-Anwältinnen beraten über die Einrichtung einer Alternativregierung. Auch in den nächsten Tagen gleicht Bangladesch einem Land an der Schwelle zum Bürgerkrieg: Generalstreiks, Demonstrationen und Gegendemonstrationen sowie gewaltsame Auseinandersetzungen nehmen unkontrolliert ihren Lauf. Als auch noch die ehemalige Freiheitskämpferin und Ikone der *Awami-League*, Ivy, ihren bei dem Attentat erlittenen Verletzungen erliegt, spitzt sich die Lage zu.

Neue Verschwörungstheorien

Die Studentenorganisation der BNP beegnet den Vorwürfen Hasinas mit dem

Gerücht, Angehörige der *Awami League* hätten selbst das Attentat inszeniert! Dabei entbehrt ihre Argumentation sogar nicht einer gewissen Logik: Zunächst sei auffällig, dass kein einziger Sprengsatz den LKW direkt getroffen habe, während man doch wegen des Sprengmittels davon auszugehen habe, dass die Attentäter Profis mit hervorragenden Verbindungen gewesen seien. Hätte ein Sprengsatz den LKW getroffen, so wäre nicht nur Hasina, sondern beinahe die gesamte Führungsspitze der AL unter den Opfern. Sollten ausgebildete Profis eine derartige Gelegenheit verpassen? Ein weiteres Argument für diese Theorie liefert die Frage nach dem Motiv bzw. danach, wem der Anschlag letztendlich nützt. Der Regierungskoalition sicherlich nicht. Im Gegenteil, liefert er doch Hasina Argumente für ihre im Ausland geäußerte Behauptung, die Regierung beherberge Terroristen.

Gescheiterter Umsturzversuch

Bereits seit Beginn des Jahres versucht die *Awami League*, die Regierung durch Streiks und massive Protestaktionen zum Rücktritt zu zwingen. Dies war ihr schon einmal gelungen, nämlich 1996, als die *Awami League* zur politischen Speerspitze einer zivilgesellschaftlichen Bewegung wurde. Nur diesmal fehlte das Vertrauen in die vor drei Jahren wegen Korruption und Versagen im Kampf gegen die Kriminalität abgewählte, ehemalige Regierungspartei. Von einer Geschlossenheit der oppositionellen politischen Kräfte konnte keine Rede sein und so führten die Agitationen Ende April dieses Jahres – dem Ablauf der von der AL gestellten Frist zur Abdankung der Regierung – nicht zum erhofften Aufbäumen der Bevölkerung, sondern zu einer Welle von Massenverhaftungen. Während nicht nur die Regierung, sondern auch das Ausland immer wieder demokratische Praktiken angemahnt hatte, verweigerte die AL jegliche politische Zusammenarbeit und zog die „Politik der Straße“ der parlamentarischen Auseinandersetzung vor.

Als Antwort auf die Gewalttätigkeiten und Streikaktionen wurden über 7.000 AL-Aktivistinnen festgenommen. NROs gehen sogar von mehr als 10.000 Verhaf-

tungen aus. Nach dem jüngsten Anschlag ändert sich aber die politische Konstellation der Opposition, zumindest kurzfristig. Die am 21. und 22. August geäußerte Anteilnahme wird laut Pressemeldungen auch dazu benutzt, Differenzen, wenigstens vorübergehend, beizulegen und sich auf ein gemeinsames Ziel einzuschwören: Geschlossenheit – wie 1996 – bis zur Abdankung der Regierung.

Allmähliche Beruhigung

Sah es noch in den ersten Tagen nach dem Anschlag so aus, als ob die Gewalttätigkeiten zu einem bürgerkriegsähnlichen Flächenbrand werden könnten, beruhigt sich die Lage allmählich, auch, weil andere oppositionelle Kräfte die gewalttätige Auseinandersetzung kaum mittragen. Neues Datum für gemeinsame Aktionen sollen nun die Feierlichkeiten zum dreijährigen Regierungsjubiläum Anfang Oktober sein. Doch bereits zu Beginn des Aktionsprogramms kommt es, einen Tag nach der Bildung einer fünfzig Kilometer langen Menschenkette, die friedlich demonstrierte, abermals zu Massenverhaftungen. In den letzten Tagen des Septembers wird regelrecht Jagd auf AL-Aktivistinnen gemacht. Der *Daily Star* vom 26. September berichtet von mehr als 10.000 Inhaftierten allein im – eigentlich nur für 2.500 Gefangene vorgesehenen – Zentralgefängnis von Dhaka. Zwar schreitet der Oberste Gerichtshof ein und untersagt der Regierung die Anwendung der Paragraphen, die diese Pauschalverhaftungen ermöglichte, doch es ist zu spät: Zum 10. Oktober, dem „Black Day“, kann die *Awami League* weder die erhofften Massen mobilisieren, noch das zerbrechliche Oppositionsbündnis aufrecht erhalten.

Wer sind die wahren Urheber?

Unabhängig von den Wirkungen des Anschlages auf das Verhältnis der zwei großen Parteien, ist doch eines festzuhalten: Trotz einer gewissen Logik, die den Anschuldigen gegen die Regierung innewohnt, würde die Koalition wohl kaum

eine derartige Aktion durchführen, da diese ihr mehr schaden als nützen würde. Auch die *Awami League* würde nicht ihre eigenen Spitzenleute umbringen, ganz zu schweigen von den „Ikonen des Personenkultes“ – wie Sheikh Hasina oder Ivy Rahman. Genauso unwahrscheinlich ist auch eine direkte Verbindung zu Pakistan und dem *al-Qaida*-Netzwerk, die beispielsweise die indische Tageszeitung *India Daily* herstellt, um ansonsten der schlecht informierten Berichterstattung des US-amerikanischen Fernsehsenders CNN zu folgen. Auch Behauptungen, wie die des ehemaligen AL-Innenministers, Mohammad Nasim, dass der 21. August der Versuch gewesen sei, Hasina zu töten, um Bangladesch in einen „Taliban-Staat“ zu verwandeln, entbehren jeder Grundlage. Dennoch ist davon auszugehen, dass radikale Fundamentalisten oder „Islamisten“ für die Anschläge verantwortlich sind.

Tief sitzender Hass auf Hasina

Obwohl Statistiken belegen, dass es in dieser Regierungsperiode keine signifikante Zunahme von Terroranschlägen gegeben hat, fällt auf, dass Islamismus und Fundamentalismus wieder stärker in der Gesellschaft in Erscheinung treten. Fundamentalistische Bewegungen, wie die gegen die *Abmadiyya*-Minderheit im Land, wurden beispielsweise durch das Verbot des *Abmadiyya*-Schrifttums von der Regierung indirekt ermutigt. Für eine Täterschaft aus fundamentalistischen oder „islamistischen“ Kreisen spricht, dass der jüngste Anschlag auf einer Protestkundgebung verübt wurde, auf der vergangene Anschläge als „islamistisch“ oder fundamentalistisch verurteilt wurden.

Neue Aktionen, mit dem Ziel, einen Regierungsumsturz zu Gunsten einer islamischen Herrschaft zu erreichen, sind zunächst unwahrscheinlich, da der dafür günstige Zeitpunkt, nämlich während des Chaos auf den Straßen im Anschluss an den Anschlag, nicht genutzt wurde. Doch das Hauptziel des Anschlages, Sheikh Hasina, bleibt wohl weiter im Visier der Radikalen. Denn sie verkörpert die Politik des Schulterchlusses mit Indien und

die Annäherung an die von vielen gehassten USA. So könnte der Anschlag auch eine gezielte Aktion gegen Hasina gewesen sein. Am 25. August erhielt die bengalische Zeitung *Prothom Alo* eine E-Mail, in der sich die bis dahin unbekanntere „islamistische“ oder fundamentalistische Gruppe *Himatul Jibad* zu dem Anschlag bekannte und ankündigte, innerhalb einer Woche Hasina doch noch zu töten. Obwohl es sich kaum um die wahren Täter handelt, zeigen diese Mitläufer den enormen Hass einiger Gruppen auf die ehemalige Ministerpräsidentin.

Suche nach Ursachen

Bangladesch ist mitnichten ein Land, wie die Regierung noch jüngst behauptete, das frei von radikalen fundamentalistischen Gruppen ist (SÜDASIEN berichtete). Prekär ist auch die Rolle der beiden „islamistischen“ Parteien, die zwar gegenüber der BNP keine politische Macht haben, aber dennoch an der Regierungskoalition beteiligt sind. Von der ehemals radikalen, fundamentalistischen Gruppe *Jamaat-e-Islami*, die heute eher als „islamistisch“ bezeichnet wird, ist bekannt, dass sie über ein Netzwerk im Land verfügt, das solche koordinierte Aktionen möglich macht. Auch sind immer wieder Vermutungen ausgesprochen worden, einzelne *Jamaat*-Politiker ständen noch heute im engen Kontakt mit „islamistischen“ bzw. radikal-fundamentalistischen Untergrundorganisationen. Der Vorwurf, bei Ermittlungen auf dem „islamistischen Auge“ blind zu sein, trifft deshalb die Regierung nicht ganz grundlos: Nicht, weil sie willentlich eine entsprechende Politik macht, sondern eher, weil sie entsprechende Strukturen nutzt, um Informationen zu lenken und so ihre Eigeninteressen in der Politik durchzusetzen.

Strukturproblem Korruption

Vielleicht sind die Hintergründe des Anschlages aber auch in den Strukturen zu suchen, die sich hinter der offiziellen Politik verstecken. Nach dem von *Transparency International* veröffentlichten Index gilt Bangladesch als das korrupteste Land der Welt. Zwar wird, fast

gebetsmühlenartig, bei jeder Regierungsneubildung die alte Regierung der Korruption angeklagt, doch verurteilt wurde bisher fast niemand und wenig wurde getan, um die für die Korruption verantwortlichen Strukturen aufzubrechen. Vor diesem Hintergrund erscheint auch eine andere Ursache möglich: Etwa Machtverschiebungen im exekutiven Bereich oder im kriminellen Milieu, durch die ein Stein ins Rollen kommt, der eine Lawine auslöst. Am Ende könnte genau ein solcher Anschlag stehen, ohne dass die Urheber ihn tatsächlich so geplant oder gewollt hätten. Die Beteiligten könnten dabei quer durch alle Parteien gehen und das Motiv der Attentäter ist vielleicht ein ganz anderes, als das der passiven oder aktiven Mittäter.

Oder ist es vielleicht ganz unerheblich, wer tatsächlich hinter dem Anschlag steckt, da dieser nur ein Symptom der Krankheit ist, die die politische Landschaft Bangladeschs heimsucht?

Es scheint, als ob es auch in Zukunft keine Sicherheit vor weiteren Terroranschlägen gibt, zumindest solange, bis nicht ernsthaft versucht wird, die für die Korruption verantwortlichen Strukturen aufzubrechen und die Vetternwirtschaft in der Politik zu bekämpfen. Dabei ist auch die Opposition in der Pflicht, demokratische Verantwortung zu übernehmen, statt weiterhin die öffentliche Ordnung mit Straßenkämpfen und Streiks zu gefährden. **D**